

24.11.2023

SPD Landesvorstand Niedersachsen

SPD Landtagsfraktion Niedersachsen

nachrichtlich an: Vorstand SPD Unterbezirksvorstand und Bezirksvorstand
Stephan Weil, Ministerpräsident Niedersachsen

Antrag – Erstattung der Kosten für Personenschutz im öffentlichen Bereich exponierter jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die AG 60 plus fordert, dass die Aufwendungen, die den jüdischen Gemeinden, Vereinen und Institutionen in Niedersachsen durch Inanspruchnahme privater Sicherheitsdienste entstehen, vom Land Niedersachsen übernommen werden.

Begründung:

Nach Aussagen der liberalen jüdischen Gemeinde in Hannover ist Niedersachsen das einzige Bundesland, das sich nicht an den Kosten für personenrelevante Sicherheitsaufwendungen beteiligt. So ist zum Beispiel der Besuch von bestimmten Veranstaltungen ohne Personenschutz nicht möglich. Allein aufgrund der Personallage ist die Polizei nicht in der Lage, für alle Situationen Sicherheit zu gewähren. So belaufen sich nach Aussagen der Geschäftsführerin Rebecca Seidler, die finanziellen Aufwendungen zum Beispiel für die liberale jüdische Gemeinde in Hannover auf monatlich ca. 5.000, -- Euro.

Am 08.11.2023 sagte in einer Erklärung Bundespräsident Steinmeier den Schutz der Juden in Deutschland zu. Beim Benefizkonzert am Sonntag in der jüdischen Gemeinde in Hannover dazu unser Ministerpräsident Stephan Weil: „Das Jüdinnen und Juden in Deutschland wieder Angst haben müssen, ist beschämend, und wir dürfen uns damit nicht abfinden. Wir stehen an der Seite Israels, und das ist ein Hauptsatz ohne Wenn und Aber.“ Wenn dies nicht leere Floskeln bleiben sollen, müssen dem auch Taten folgen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht akzeptabel, dass die Kosten für den erforderlichen Schutz die Mitglieder von jüdischen Gemeinden und Organisationen selbst tragen müssen.

**Rita Heitsch
Vorsitzende der AG SPD 60 plus
Unterbezirk Region Hannover**